

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 6

Artikel: Eine Minderheit etabliert sich : vor 25 Jahren in Rumänien
Autor: Popescu, Leonida
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor 25 Jahren in Rumänien

Eine Minderheit etabliert sich

Von Leonida Popescu

Im März 1945 gelang es in Rumänien einer sehr kleinen kommunistischen Minderheit, dem Lande eine unter ihrer Kontrolle stehende «Koalitionsregierung» aufzuzwingen, was sich als erster Schritt zur Errichtung der Volksdemokratie drei Jahre später erwies. Der von den Sowjets ultimativ geforderte Amtsantritt der Regierung Groza erfolgte nach einer Periode, da man gute Dinge gewesen war, weil zum Kommunistschreck angeblich keine Gründe mehr bestanden.

Der Frühling 1945 brach mit kalten Ostwinden über Rumänien herein. Nicht nur die frühen Blüten der Kirsch- und Aprikosenbäume auf der Baragan-Tiefebene und im Moldautal erstarrten in der unerwartet rasch zurückgekehrten Kälte nach kaum einigen Tagen warmen Sonnenscheins, sondern auch das rumänische Volk und seine Führer.

Die grosse Beruhigung im bürgerlichen Lager

Zuvor war man guter Dinge gewesen. Im vergangenen Herbst war die Front in kaum mehr als sechs Wochen über das Land gezogen. Der Austritt aus dem Militärbündnis mit Hitlerdeutschland und der Uebertritt zu den Alliierten war viel reibungsloser gelungen, als man es je zu hoffen gewagt hätte.

Die rumänische Armee war mit allen ihren verfügbaren Einheiten an der Front gewesen und hatte an der Seite der Roten Armee blutige Kämpfe in Ungarn und in der Slowakei geführt. Der Coup d'Etat vom 23. August 1944 hatte allem Anschein nach das Ansehen des Königs nicht nur bei seinem Volk, sondern auch bei den Alliierten wieder hergestellt und gehoben.

In den ersten Wochen des Jahres 1945 waren in Griechenland die Kommunisten mit britischer Hilfe aus der politischen Arena gedrängt worden. Das floss dem jungen rumänischen König Mihail, seinen Generälen und den Führern der bürgerlichen Parteien Selbstvertrauen ein. Sie sahen darin das Zeichen, dass die Anglo-Amerikaner die Initiative auf der Balkan-Halbinsel wieder in die Hand genommen hatten. Sie hegten die Hoffnung, dass auf der Konferenz von Jalta, im Februar trotz widersprüchlicher Informationen und Gerüchten die politische Zukunft der osteuropäischen Staaten in zufriedenstellender Weise gesichert werde.

Wenn in Griechenland, wo der Einfluss der Kommunisten auf die Bevölkerung seit eh und je viel grösser war, die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme so kurz und bündig gebannt werden konnte, was sollte dann noch die Rumänen beängstigen? Die illegale rumänische KP war ja nichts anderes als ein kleiner Haufen Sektierer, kaum einige hundert Leute, grösstenteils im Exil oder im Gefängnis, obendrein hatten sie sich in den zwanziger, dreissiger Jahren ständig in inneren Machtkämpfen selbst dezimiert.

Die faschistische «Eiserne Garde» tritt zur KP über

Der König und die zwei grossen historischen Parteien (die Nationale Bauernpartei unter der Führung von Iuliu Maniu und die National-Liberale Partei unter der Führung der beiden Bratianu) hatten jedoch nicht mit drei Faktoren gerechnet: Erstens, dass die Kommunisten mit der unein-

geschränkten sowjetischen Hilfe sehr schnell Einfluss auf einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft gewinnen konnten.

Zweitens, dass infolge eines geschickten Manövers von Ana Pauker und Teohari Georgescu ein grosser Teil der faschistischen «Eisernen Garde» unter der Leitung von Nicolae Patrascu zu den Kommunisten übertrat und ihnen die so notwendige Massenbasis auszudehnen half.

Drittens, dass die Sozialdemokratische Partei unter den gegebenen Umständen zwangsläufig einer Kollaboration mit den Kommunisten (statt mit den bürgerlichen Parteien) den Vorrang gab.

Mitte Januar wurde in Bukarest in aller Eile ein nationaler Gewerkschaftskongress einberufen. Der Eisenbahnverkehr war im Lande noch lahmgelegt, aber für die mehreren tausend Delegierten der Gewerkschaften wurden von den sowjetischen Militärkommandanturen Sonderzüge zur Verfügung gestellt. Auf dem Kongress gelang es den Kommunisten, die Führung in den Gewerkschaften an sich zu reissen, und damit sicherten sie sich Massen, die sie in den kommenden Wochen und Monaten in ihrem Interesse mobilisieren konnten.

Nachhilfe der Besatzungsmacht

Natürlich wäre das — in einem verhältnismässig rückständigen Agrarland, wie es Rumänien zu jener Zeit war — noch nicht ausschlaggebend gewesen, da die überwältigende Mehrheit des Bauerntums geschlossen hinter Iuliu Maniu, die Intelligenz und das Bürgertum hinter den Bratianu stand, wenn die russische Besatzungsmacht nicht energisch und eindeutig in die inneren Angelegenheiten des Landes eingegriffen hätte.

Die heutige rumänische Geschichtsschreibung behauptet zwar, dass die Veränderungen durch den revolutionären Kampf des rumänischen Volkes unter der Leitung der KP vollbracht wurden. Die Rolle der Sowjetarmee und der Sowjetpartei wird dabei nicht nur nicht erwähnt, sondern entschieden bestritten. Aber das ist nichts anderes als die übliche «dialektische» gegenwartsbedingte Vergangenheitsgestaltung, die in diesem Falle die Unabhängigkeitsbestrebungen der rumänischen KP von Moskau untermauern helfen soll. Bis Ende der fünfziger Jahre haben die kommunistischen Historiker Rumäniens die Rolle der Russen selbst hervorgehoben.

Von den unzähligen, zur Verfügung stehenden Quellen ein einziges Zitat: Boris Balteanu schrieb 1957 in seiner Studie «Romania in ajunul instalarii regimului popular-democratic» (Rumänien auf der Schwelle der Einführung des volksdemokratischen Regimes): «Unter der Führung der Kommunistischen Partei, unter den Bedingungen, die die Anwesenheit der Sowjetarmee in unserem Lande geschaffen hatten, wurde es möglich, die Etablierung des volksdemokratischen Regimes zu erreichen.»

Die Bemühungen der Kommunisten konzentrierten sich im Februar 1945 darauf, die Militärregierung Radescu zu beseitigen.

Die durch die Gewerkschaften schnell erfassten Arbeiter der Bukarester Industriebetriebe und der Eisenbahnwerkstätten konnten dazu leicht mobilisiert werden. Es kam zu ständigen Demonstrationen, am 24. Februar jedoch zu einem blutigen Zwischenfall vor dem königlichen Palast: Ministerpräsident Radescu hatte einige Militäreinheiten gegen die Arbeiter aufziehen lassen. Schüsse fielen, unter den Arbeitern gab es etliche Tote und Verwundete.

Eine Regierung abschiessen . . .

Am 27. Februar kam der Sonderbeauftragte des Kremls, Andrej Wischinsky, in Bukarest an und forderte in einem stürmischen Gespräch mit dem König die Entlassung Radescus. Der König zauderte. Das Oberkommando der Sowjetarmee in Rumänien beorderte den Abzug der sich noch in Bukarest befindenden rumänischen Militäreinheiten, Sowjetpanzer bezogen Stellung um den königlichen Palast. In dieser Atmosphäre kam es zu einer erneuten Begegnung zwischen dem König und Wischinsky.

Der Russe übergab ein Zweistundenultimatum, in dem es hiess, die Sowjetunion könne nur eine Regierung unter Führung Petru Grozas akzeptieren. Wenn der König seine Ernennung verweigere, höre Rumänien auf, ein souveräner Staat zu sein.

. . . und ersetzen

Unter diesen Umständen wurde Groza am 6. März 1945 zum Ministerpräsidenten ernannt. Er bildete eine Regierung der «Demokratischen Front», an der sich Vertreter der KP, der Sozialdemokratischen Partei und einige Abtrünnige der Nationalliberalen und der Nationalen Bauernpartei beteiligten. Das Innen-, Justiz- und Wirtschaftsministerium wurde von Kommunisten besetzt. Die bürgerlichen Regierungsmitglieder waren meist farblose «Mitläufer». Der einzige namhafte bürgerliche Politiker war der aus der National-Liberalen Partei ausgetretene George Tatarescu, Vizepremier und Aussenminister. (Sein Name wurde anfangs der zwanziger Jahre bekannt, als er als Staatssekretär des Innenministeriums in Bessarabien einen kommunistischen Aufstand bei Tatar-Bunar durch die Armee blutig niederschlagen liess.)

Der Ministerpräsident, Petru Groza, war der Vorsitzende einer unbedeutenden kleinen linksradikalischen Bauernpartei, der «Frontul Plugarilor» (Pflügerfront), die nur in einigen Bezirken Siebenbürgens etliche Anhänger unter den Landarbeitern und armen Bauern fand. Die «Frontul Plugarilor» war gewissermassen eine Verbindungsorganisation zur verbotenen KP, die durch sie ihre Beziehungen zum Bauerntum ausbreiten wollte. Groza war Rechtsanwalt in der siebenbürgischen Stadt Deva, besass selbst ein mittelgrosses Landgut, hatte seine Mittelschul- und Universitätsstudien zur Zeit der k. u. k. Monarchie in Budapest vollbracht. In den zwanziger Jahren war er schon für eine kurze Zeit Minister in einer rumänischen Regierung gewesen. Während des Krieges war er einige Wochen wegen seiner antifaschistischen Haltung in Haft gewesen.

Welches waren wohl die Eigenschaften, die Groza für die Kommunisten als geeigneten Ministerpräsidenten erscheinen liessen? Einerseits

war er als idealistischer «Mitfahrer» ein williges Werkzeug in der Hand der Kommunisten, andererseits als hochgebildeter Intellektueller, geistreicher und gewandter Lebemann, wohlhabender Gutsbesitzer und Rechtsanwalt akzeptabel für die Mittelschicht; schliesslich wurde er als Siebenbürger Rumäne mit ungarischer Bildung und guten Beziehungen zu den Ungarn in Siebenbürgen auch als eine Schlüsselfigur für die Versöhnung mit der ungarischen Minderheit in Rumänien betrachtet. (Er beherrschte die ungarische Sprache so akzentfrei wie seine rumänische Muttersprache.)

Siebenbürgen — Stalins Trumpf unter wechselnden Vorzeichen

In Rumäniens Problemen spielte Siebenbürgen wieder einmal eine grosse Rolle.

Das Karpatenland, das tausend Jahre lang fast ununterbrochen zur ungarischen Krone gehört hatte, war im letzten Jahrhundert der Zankapfel zwischen Rumänien und Ungarn geworden. Die Nachfahren rumänischer Flüchtlinge vor den Türken hatten Siebenbürgen schon im 19. Jahrhundert leicht majorisiert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es Rumänien zugesprochen, samt etwa zwei Millionen Ungarn. 1940 wurde unter Hitlers und Mussolinis Vormundschaft der nördliche Teil, wo die Ungarn eine Mehrheit bildeten, im «Wiener Schiedsspruch» an Ungarn zurückgegeben. Stalin war damals verärgert. Obwohl die Komintern und damit die rumänische KP zwischen 1920 und 1940 entschieden für das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten «bis zum Austritt aus dem gegenwärtigen Staat» eingetreten war, wollte sich Stalin solange wie möglich seine Entscheidung vorbehalten.

Als im September/Oktober 1944 Nordsiebenbürgen von der Roten Armee erobert wurde, unterbanden die Sowjets die Rückkehr der rumänischen Verwaltung und schien autonomistische Bestrebungen zu unterstützen — via KP-Organisationen natürlich. Aber dann, zu Beginn des Jahres 1945, brauchte Stalin eine grosse Geste in Richtung der Rumänen, und jetzt zögerte er nicht.

Am 11. März, fünf Tage nach der Ernennung der Groza-Regierung, sandte Stalin ein von ihm selbst unterzeichnetes Telegramm an die rumänische Regierung, in dem er seinen Entschluss bekanntgab, Nordsiebenbürgen unverzüglich an Rumänien zurückzugeben.

Die rumänischen Behörden konnten zurückkehren. Die Führer der nordsiebenbürgischen KP (Rumänen und Ungarn), die für eine Autonomie des Landes eingetreten waren, wurden alsbald ihrer Posten enthoben, verhaftet oder auf unpolitische Posten abgeschoben.

Landreform aus zweiter Hand

Nachdem die Regierung Groza mit der Rückgliederung Nordsiebenbürgens ihren ersten Erfolg aufweisen konnte, unternahm sie den nächsten Schritt. Am 23. März erschien das Gesetz über die Agrarreform.

Alle Landgüter über 50 Hektaren wurden enteignet. An 796 129 arme Bauern wurden 1 143 911 Hektaren Land verteilt. Damit sollte das Bauerntum für die Regierung gewonnen werden. Der Hunger der armen Bauern nach Land war verständlich. Jedoch darf man hierbei nicht vergessen, dass die meisten Grossgrundbesitzer in Rumänien schon nach dem Ersten Weltkriege in

den Jahren 1919 bis 1921 auf Grund einer Bodenreform aufgelöst worden waren. Damals wurden mehr als 4 Millionen Hektaren Land unter mehr als 1 Million Bauern verteilt. So war diesmal nicht nur das Ausmass, sondern auch der Erfolg der Massnahmen gering. Die Befürchtung, dass nach der Bodenreform die Zwangskollektivierung nach russischem Muster folgen werde, überschattete das Ereignis.

Das Bauerntum wandte sich entschlossener denn je der Nationalen Bauernpartei und ihrem Führer, Iuliu Maniu, zu. Die Spannung im Lande wuchs. Als dann die Anglo-Amerikaner mit Berufung auf das Potsdamer Abkommen der Groza-Regierung ihre Anerkennung verweigerten und freie Wahlen in Rumänien forderten, entschloss sich König Mihail zu einem einzigartigen Schritt:

Er trat in Streik und verweigerte allen Erlassen der Regierung seine Unterschrift. Die Kluft zwischen dem König mit den historischen Parteien einerseits und den Kommunisten andererseits wurde immer tiefer. Doch waren noch drei weitere Jahre zähes Ringen nötig, bis es den Kommunisten gelang, den König mit Hilfe einer neuen Intervention des Kremls am 30. Dezember 1947 zum Verzicht auf die Krone und zur Flucht aus dem Lande zu zwingen.

Das Königreich Rumänien wurde — kaum 80 Jahre vorher von der Türkenherrschaft befreit, unter dem Zepter der Hohenzollern-Sigmaringen aus den Fürstentümern Moldau und Muntenien vereinigt ins Leben gerufen — zur Volksdemokratie.

Petru Groza wurde ihr Staatsoberhaupt; die Regierung bestand ausschliesslich aus Kommunisten. ■

THE RUSSIAN REVIEW

TWENTY-NINTH YEAR

America's Leading Quarterly on Russia
Past and Present

THE RUSSIAN REVIEW, for twenty-nine years a free forum for scholars and writers, provides a broad survey of the Russian scene, political, historical, economic, and cultural. Drawing on scholars, writers, and political leaders of prerevolutionary Russia, and on well-known American and European specialists, this publication is the only authoritative organ devoted entirely to Russia, past and present. THE RUSSIAN REVIEW contains a varied selection of articles of current interest and permanent reference value. In addition, it publishes book reviews by outstanding authorities in the field of Russian affairs.

Subscriptions: \$7.00 a year, U. S.; \$7.50 Canada; \$8.00, foreign; single issues, \$2.00

Cumulative Index (1941-1961), \$2.00

THE RUSSIAN REVIEW

THE HOOVER INSTITUTION
Stanford, California 94305

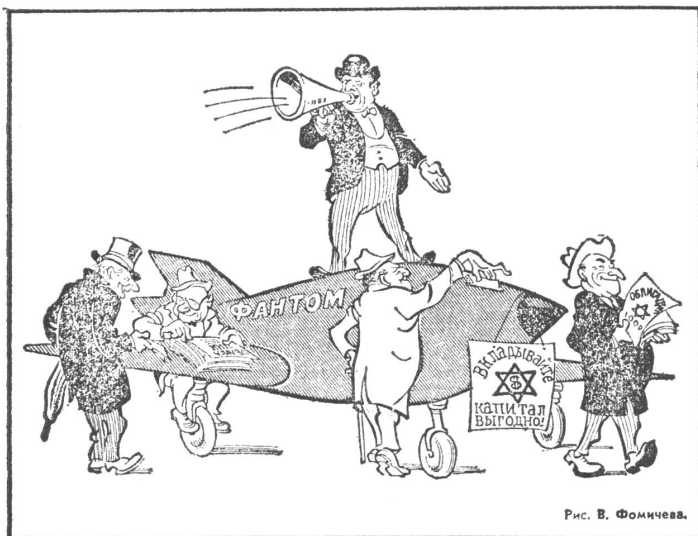
Antizionismus und Antiimperialismus als Alibi für

Neo-Hitlerfaschismus

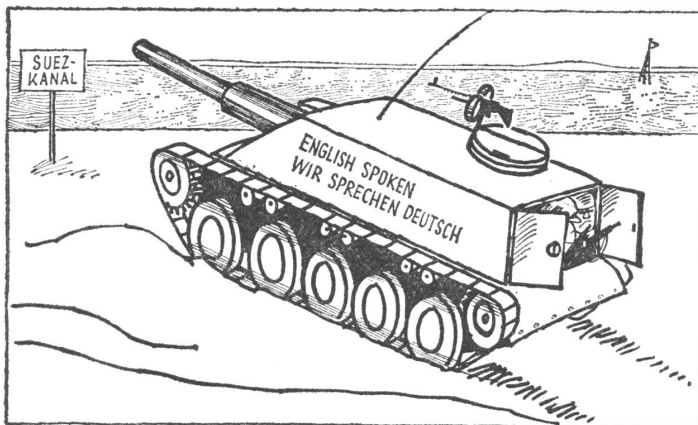
Wenn die sowjetische Propaganda vorgibt, sie habe nichts gegen die Juden und nichts gegen einen jüdischen Staat, sondern nur etwas gegen den Zionismus und den israelischen Imperialismus, so verfolgt sie damit einen doppelten Alibi-Zweck.

Erstens vernebelt sie den sowjetischen und osteuropäischen Antisemitismus, der dort erstmals seit Hitler auf dem europäischen Schauplatz in die offizielle politische Aktion eingebaut ist und zu nachgewiesenen Judenverfolgungen führt.

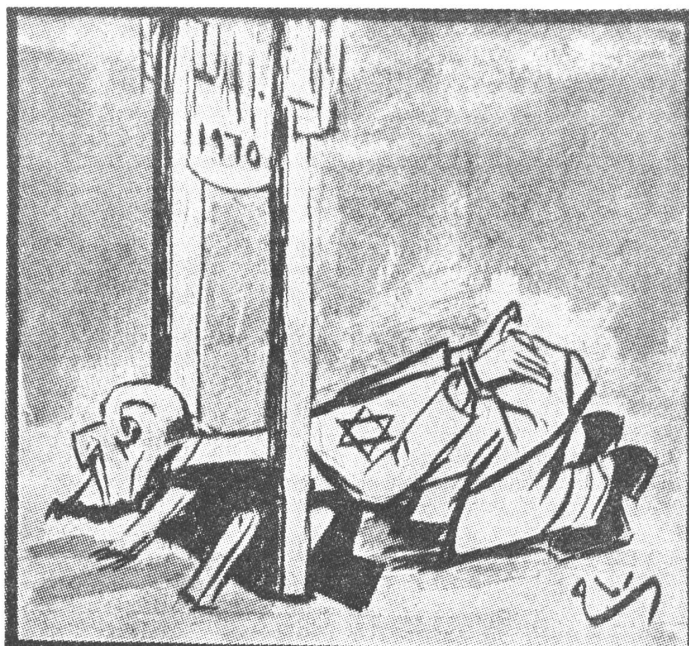
Zweitens lenkt sie von der Tatsache ab, dass der im Namen der Palästinenser und Araber geführte Kampf in direkter Kontinuität des Nationalsozialismus geführt wird. Hitlers «Mein Kampf» ist dort Lehrbuch, und Nazikriegsverbrecher finden dort Zuflucht und Instruktionsmöglichkeiten.



Zionistische Sparbüchse. (Sammlung zum Kauf von Phantoms in den USA.) «Prawda», Moskau.



Service auf Sinai. («Eulenspiegel», Ost-Berlin)



«Al-Manar», Amman.



«Al-Massa», Kairo.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I. S. E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.